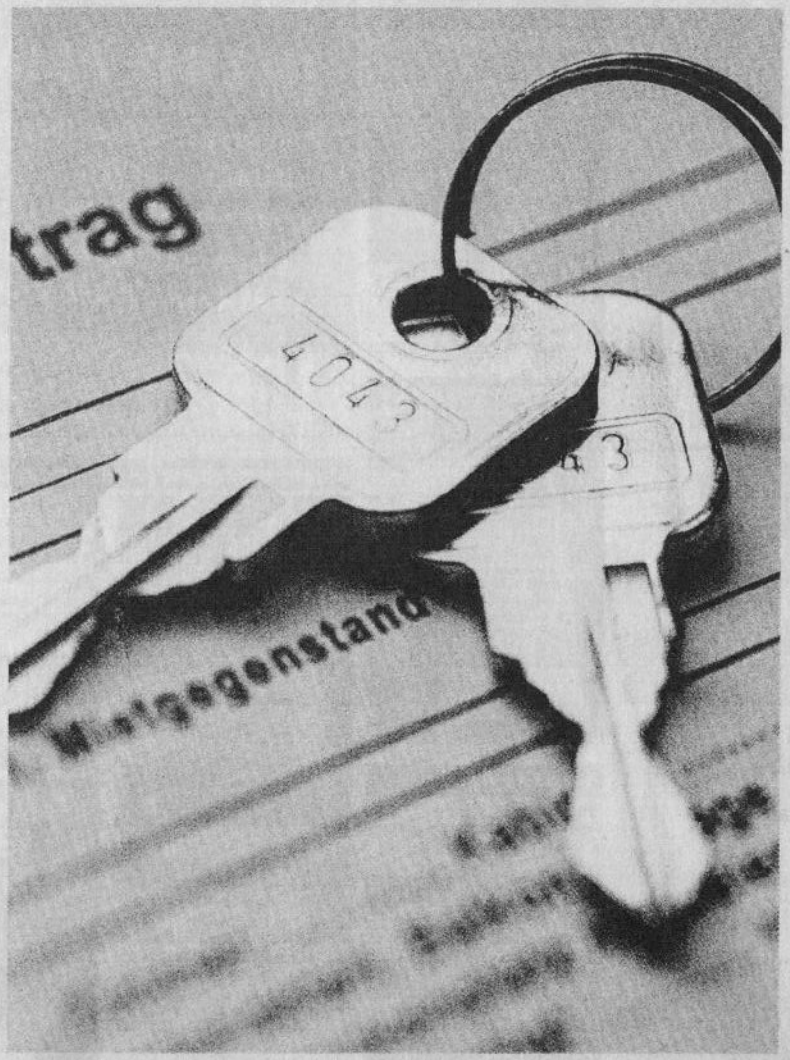
Erhöhung der Mieten für 70.000 Haushalte in Oberösterreich ausgesetzt

Im April wären die Richtwerte um drei Prozent gestiegen, Regierung verschiebt auf 2022

Alle zwei Jahre werden in Österreich die Richtwertmieten um die bis dahin angefallene Inflation erhöht. Das ist gesetzlich festgelegt. Im April 2021 wäre es mit einem Plus von drei Prozent wieder so weit gewesen. Betroffen sind rund 500.000 Altbau- und Gemeindewohnungen in Österreich. In Oberösterreich unterliegen rund 70.000 Haushalte dem Richtwertmieten-Regime, wie aus Berechnungen von Nicole Hager-Wildenrotter, der Landesgeschäftsführerin der Mietervereinigung, hervorgeht.

Die Erhöhung der Richtwertmieten wird für heuer aber ausgesetzt. Wegen der Coronakrise wird die Valorisierung auf 2022 verschoben. Die Regierungsparteien ÖVP und Grüne haben das vor der Nationalratssitzung am Mittwoch entschieden.

„Mit dem Aussetzen der gesetzlichen Mieterhöhung wollen wir weitere finanzielle Belastungen besonders für Familien verhindern", sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz (VP). „Die Miete macht für viele den größten Teil der monatlichen Fixkosten aus", so Vizekanzler Werner Kogler (Grüne): „Eine Erhöhung kann besonders für Menschen, die in der Coronakrise mit finanziellen Einbußen kämpfen, eine Belastung darstellen." Die beiden Politiker verwiesen auch auf weitere „Soforthilfen", die die Regierung wegen der Pandemie implementiert habe.



Mieterschützer sehen ersten Schritt, Eigentümervertreter Populismus. (APA)

Arbeiterkammer, Mietervereinigung und SPÖ hatten bereits davor eine Aussetzung gefordert. „Es ist erfreulich, dass die Regierung den SPÖ-Vorschlag aufgreift und das Aussetzen der Erhöhung der Richtwertmieten umsetzen möchte", verwies Parteichefin Pamela Rendi-Wagner auf wochenlangen „Druck" ihrer Partei: „Zur Bewältigung der Krise ist ein gemeinsames Vorgehen notwendig."

Von einem „ersten richtigen Schritt" sprach Georg Niedermühlbichler, Präsident der Mietervereinigung. Nun müssten rasch weitere folgen, wie ein Fonds für Mieter mit Corona-bedingten Zahlungsschwierigkeiten.

Als eigentums- und wirtschaftsfeindlich bezeichnete der Haus- und Grundbesitzerbund die Aussetzung der Richtwertmieten-Erhöhung. Präsident Martin Prunbauer sprach von einem „Ausdruck populistischer Unvernunft. Damit verhindert die Regierung, dass die so dringend benötigten Investitionen in die Wirtschaft getätigt werden." Private Vermieter würden kaum Unterstützung bekommen und müssten verstärkt Mietausfälle verkraften. *(az)*

13 Prozent wollen ein Haus. (Wod.)

43 Prozent der Österreicher wollen umziehen

WIEN. Auf dem heimischen Wohnungsmarkt dürfte es in den kommenden Jahren einiges an Bewegung geben: Denn 43 Prozent der Österreicher wollen in den kommenden zwei bis drei Jahren umziehen bzw. ihre Wohnsituation verbessern. Das geht aus einer Umfrage der ING hervor, für die rund 1000 Österreicher befragt wurden.

Demnach wollen sieben Prozent eine Eigentumswohnung anschaffen, 13 Prozent planen, sich ein Haus zu kaufen. Neun Prozent wollen in eine größere, immerhin fünf Prozent in eine kleinere Mietwohnung übersiedeln. Am wichtigsten sind den Österreichern eine ruhige und sichere Umgebung, die Wohnfläche sowie Privatsphäre und Energieeffizienz. Die meiste Bewegung ist in Wien, Salzburg und Kärnten zu erwarten, am wenigsten in Vorarlberg.

Ob eine neue Küche, andere Teppiche oder eine aufwendige Sanierung: 70 Prozent der Befragten gaben zudem an, Verbesserungen an ihrer Immobilie vornehmen zu wollen.

OÖN 27. 2. 2021

WERBUNG